

**Zeitschrift:** Pädagogischer Beobachter : Wochenblatt für Erziehung und Unterricht  
**Herausgeber:** Konsortium der Zürcherischen Lehrerschaft  
**Band:** 2 (1876)  
**Heft:** 16

**Artikel:** Seminar Küsnacht  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-237930>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gehend, dass in der vorliegenden Frage der Lehrer als der zunächst Betheiligte auch zuerst gehört werden solle, und dass die Auffassung des Militärdienstes der Lehrer, wie sie im bundesrätlichen Kreisschreiben vom 7. Januar l. J. zum Ausdruck gelangt, die allein richtige, gerechte, den Interessen des Vaterlandes und der Würde des Lehrerstandes entsprechende ist, hat der aarg. Lehrerschaft Gelegenheit geboten, ihren bezüglichen Ansichten Ausdruck zu geben. Mit 383 eigenhändigen Unterschriften haben sich die Lehrer unseres Kantons für die bundesrätliche Schlussnahme vom 7. Januar ausgesprochen. Diese mächtige Kundgebung der aarg. Lehrerschaft veranlasst den unterzeichneten Kantonsvorstand, an unsere schweiz. Amtsbrüder die Bitte zu richten, in ähnlicher Weise wie die aarg. Lehrerschaft vorzugehen. Die Gründe, welche diese bei ihrer Eingabe an den h. Bundesrath geleitet haben, können hier nicht wiederholt werden; wir müssen auf die Eingabe selbst verweisen. Dagegen erlauben wir uns, noch folgendes beizufügen:

Nachdem das Gesetz den Lehrer einmal militärpflichtig erklärt hat, gibt es nur einen vernünftigen Weg, es auszuführen, nämlich den Lehrer jedem andern Wehrmann in Rechten und Pflichten gleichzuhalten. Ein einmaliger Rekrutenkurs würde einer Aufhebung des Gesetzes nahezu gleichkommen; dem Lehrer aber, wie vorgeschlagen wird, die militärische Beförderung versagen, verstösst gegen jedes republikanische Gefühl, denn in einer Republik kann das öffentliche Wohl (hier das Interesse der Volksbildung) nie verlangen, dass seinetwillen die Mitglieder eines Standes zu minder berechtigten Bürgern werden. Zudem fallen die Schranken immer mehr, die den Lehrerstand bisher kastenartig abgeschlossen. So hat die neuere Zeit die Wahl der Lehrer durchs Volk gebracht und die lebenslängliche Anstellung in eine periodische verwandelt. Wir bedauern den Wegfall dieser Begünstigungen durchaus nicht, können uns aber gerade desswegen nicht mit einem Vorgehen befreunden, das den Lehrer in eine neue Ausnahmstellung bringen möchte.

Der h. Bundesrath steht in dem mehr genannten Kreisschreiben vollständig auf der Höhe seiner Mission, indem er in demselben den Sinn des Gesetzes und die Gleichberechtigung aller Bürger aufrecht erhält und zugleich der Volksbildung alle mit diesen beiden Punkten vereinbare Rücksicht trägt. Für uns ist es daher eine ausgemachte Sache, dass er an den in seinem Kreisschreiben vom 7. Januar l. J. ausgesprochenen Grundsätzen festhalten muss und festhalten wird. Damit ist aber unsere gute Sache noch nicht endgiltig gewonnen. Es ist dazu vielmehr nothwendig, dass auch nach erfolgtem Beschluss des h. Bundesrathes alle schweiz. Lehrer, die sich frei aussprechen dürfen, in die Schranken treten und den Ruf freier Männer erheben:

Gleiche Rechte für alle, auch für den Lehrer!

Die Redaktionen der schweiz. Schulblätter werden hiebei freundlich ersucht, diesen Aufruf in die Spalten ihrer Blätter aufzunehmen. Die gleiche Bitte ergeht auch an die politischen Zeitungen, die sich um die Sache interessieren.

Namens und im Auftrag  
des aarg. Kantonal-Vorstandes:

Rheinfelden,  
im April 1876.

Der Präsident:  
K. A r n o l d.  
Der Sekretär:  
C. F r. L e d e r l e.

### „Beiträge zur Verbesserung des bernerischen Volksschulwesens.“

Von Kantonsschullehrer E. Lüthi in Bern, dem Schulartikel-Veteran von Anno 1872, ist soeben als I. Heft einer zwanglosen Folge ähnlicher Publikationen eine Broschüre unter obigem Titel und mit der Devise „Verein-

f a c h u n g“ erschienen, die sich zwar speziell mit bernerischen Schulfragen beschäftigt aber darum für Leser anderer Kantone kein geringeres Interesse besitzt. Das vorliegende Heft bringt nach einer bündigen Darlegung seines oben erwähnten Zweckes eine Besprechung der Revision des Mittelklassenlesebuches und gelangt hiebei zu folgendem Resümé:

I. Eine Revision des Mittelklassenlesebuches und der religiösen Lehrmittel ist dringend nothwendig. II. Bei der Ausarbeitung eines Lesebuches sind die kulturgeschichtlichen und psychologischen Rücksichten massgebender als der Unterrichtsplan und die andern Lesebücher. III. Das neue Lesebuch enthalte den Stoff für den Religions-, Sprach- und Realunterricht. IV. Es sollen die hauptsächlichsten Stylgattungen darin vorkommen und ungefähr ein Drittel des Lesebuches soll der Poesie eingeräumt werden. V. Nur Lesestücke, die sich durch Anschaulichkeit, Einfachheit und Schönheit auszeichnen, dürfen bei der Aufnahme Berücksichtigung finden. VI. Es soll ein Anfang zur Vereinfachung der Orthographie gemacht werden.

Es mag sich der eine oder andere Kollege darüber verwundern, wie Herr Lüthi dazu komme, den in § II ausgesprochenen Gedanken als eine förmliche These hinzustellen; wer jedoch weiss, welch ein noli me tangere dieser glänzend codifizierte Unterrichtsplan bei offiziellen Schuldebatten bisher gewesen, der wird dem Verfasser für die Aufstellung und geschickte Begründung dieser Forderung nur Dank wissen.

Zur Vertheidigung der These III, welche der, ach schon lange! erfolglos verwünschten Kinderbibel scharf zu Leibe geht, bemerkt Herr L. unter A.: „Welche Masse Lehrmittel hat schon die Mittelschule anzuschaffen einzig für den Religionsunterricht: 4 Bücher mit 1100 Seiten zum Preise von Fr. 2. 70. Das Ganze liesse sich im Interesse des Religionsunterrichts auf 90 Seiten reduzieren, was mit dem Mittelklassenlesebuch eingebunden nur 30 Rappen mehr kostete. Die Ersparniss würde für die Väter und Mütter des Kantons Bern jährlich Fr. 24,000 betragen oder fast eine Viertelmillion in 10 Jahren.“

Wie Herr L. im Religionsunterricht die Ueberladung, so tadelt er bei Besprechung der These IV die spärliche poetische Ausstattung des Lesebuches. „Unsere grössten volksthümlichen Dichter, Schiller, Göthe, Uhland, Rückert, Hebel kommen nur äusserst sparsam, 2—3 Mal mit einigen Kleinigkeiten zum Vorschein. Die Lehrmittel-Kommission machte zu viel aus eigenem Mehl, darum haben die guten Schriftsteller so wenig Platz gefunden.“

Es kann indessen nicht in unserer Absicht liegen, dem Leser durch Anführung einiger Kraftstellen die Lektüre des trefflichen Schriftchens entbehrlich zu machen. Wem es um die Förderung der Volksschule mehr zu thun, als um die wohlfeile Vergleichung mit anderen Kantonen, die auf diesem Felde noch weit zurück sein mögen, der lese und diskutire die dringlichen Vorschläge des freimüthigen Berner Schulmeisters. -en-

### Seminar Küssnacht.

(Eingesandt.) Mittwoch den 5. April fand die öffentliche Jahresprüfung des Seminars in Küssnacht statt. Dem Einsender dieser Zeilen war nicht vergönnt, der ganzen Prüfung beizuwohnen, die mit einer längern Mittagspause von Morgens 7 Uhr bis Abends 5 Uhr andauerte. Doch in den wenigen Stunden seiner beobachtenden Theilnahme an der Prüfung konnte er sich von dem Vorhandensein sämmtlicher Momente in dem Leben der Anstalt eine angenehme Ueberzeugung verschaffen. Die Fortschritte in den äussern Lei-

\* Noch eine Multiplikation mit 4 und wir ziehen aus der Revision der bern. Kinderbibel eine Summe, mit welcher wir zu einem guten Theil im Stande wären, der Bern-Luzern-Bahn aus der Klemme zu helfen. Der Rez.

stungen des Seminars sind augenscheinlich. Für Auge und Ohr war da Vieles wahrzunehmen, das auf Geist und Gemüth erhebend einwirkt. Der Unterricht im Seminar muss seinen sichern, ruhigen Weg gegangen sein, um Resultate zu erzeugen, wie sie z. B. im Singaal (Handzeichnungen) und andern Räumen (geometrisches Zeichnen, sprachliche Arbeiten etc.), und nicht minder in den einzelnen Lehrzimmern bei der mündlichen Prüfung zu Tage traten. Es muss im Seminar bei Lehrern und Zöglingen ein freundlicher, ruhiger Geist und gegenseitiges Vertrauen walten, sonst könnte der Eindruck, den die Prüfung gewiss auf die meisten Anwesenden machte, kein derart günstiger sein, wie er es in Wirklichkeit war. Man kann freilich sagen, ein einzelner Tag sei nicht hinreichend, ein trübes Bild von dem Leben einer Anstalt während eines ganzen Jahres zu bieten. Diese Einwendung ist richtig. Hingegen wenn die Beobachtungen, die man an Ort und Stelle selbst macht, vollständig übereinstimmen mit den Erfahrungen von Leuten, die der Anstalt angehören, so darf man mit Recht von relativ recht glücklichen Verhältnissen reden, in denen das Seminar in Küsnacht sich gegenwärtig befindet. Während bekanntlich in den früheren Jahren, sogar an Examentagen diese und jene Unebenheiten und Unregelmässigkeiten im Seminarleben nicht ausblieben, ist im abgelaufenen Seminarjahr glücklicherweise kein einziger Excess von erheblichem Belang zu verzeichnen. Die Zöglinge bestreben sich, in ihrem ganzen Verhalten die Bahn sittlicher Vervollkommnung und geistigen Fortschrittes zu wandeln. —

Unwillkürlich mussten wir angesichts dieses erfreulichen Zustandes des Seminars an die Petition der freisinnigen Geistlichen denken, die sie in Betreff des Religionsunterrichtes am Seminar dem Erziehungsrath eingereicht haben. Man sollte meinen, ihrer Ansicht nach sei das sittliche Leben in der Anstalt statt vorwärts rückwärts gegangen. Wir glauben das nicht, — ja wir behaupten das Gegentheil — und darum lässt uns die Petition um Vermehrung des Religionsunterrichtes am Seminar ziemlich kalt.

### Entscheid des Erziehungsrathes betreffend den Religionsunterricht in den Volksschulen.

Am 23. Juni 1875 beschloss die Sekundarschulpflege Oerlikon, nach dem Vorgang der Sekundarschulpflege Neumünster und der Gemeindsschulpflege Riesbach, den konfessionellen Religionsunterricht aus der Sekundarschule Oerlikon auszuschliessen, und an dessen Stelle einen durch den Lehrer zu ertheilenden Unterricht in der Tugend- und Pflichtenlehre zu ersetzen. Gegen diesen Beschluss rekurrierte die Kirchenpflege Schwamendingen an den Erziehungsrath. Die Bezirksschulpflege Zürich, von letzterer Behörde um ihr Gutachten angefragt, entschied in ihrer Mehrheit zu Gunsten der Kirchenpflege, während die Minderheit sich dahin aussprach: „Jeder Religionsunterricht als Unterrichtsfach sei an den schweizerischen Volksschulen durch die Bundesverfassung ohne Weiteres aufgehoben, und jede Sekundarschulpflege berechtigt, den bisherigen Religionsunterricht auszuschliessen, immerhin in der Meinung, dass eine statt desselben eingeführte Tugend- und Pflichtenlehre ebenfalls nicht obligatorisch sei.“

Der Entscheid des Erziehungsrathes, datirt 25. März 1876, lautet nun folgendermassen:

„1. Den Art. 27, Absatz 3 und Art. 49, Lemma 2 der Bundesverfassung wird dadurch genügt, dass jeder Religionsunterricht der Volksschule fakultativ ist, die Aufhebung oder Umgestaltung dieses Unterrichtes wird durch diese Artikel nicht gefordert, und es sind daher dieselben bei vorliegendem Rekurse nur insofern massgebend, dass weder ein konfessioneller, noch ein sogenannter konfessionsloser Religionsunterricht für irgend ein schulpflichtiges Kind obligatorisch ist.

2. Für den Kanton Zürich gelten dieselben Grundsätze

schon seit 18. April 1869 gemäss Art. 63 der Staatsverfassung. Nach Absatz 2 dieses Artikels ist jeder Zwang gegen Einzelne ausgeschlossen, und es kann daher Niemand zum Besuche eines Religionsunterrichtes oder eines an dessen Stelle tretenden andern, die Glaubens- und Gewissensfreiheit berührenden Unterrichts, genöthigt werden.

3. Nach demselben Art. 63 ist auch jeder Zwang gegen Gemeinden und Genossenschaften ausgeschlossen. Demgemäss steht es denselben frei, den Religionsunterricht in den Schulen fortbestehen zu lassen oder aufzuheben, und im ersteren Falle den ihnen als geeignet erscheinenden Lehrern zu übertragen, vorbehalten die staatliche Oberaufsicht.

4. Um in einer Sache, welche mit dem Gewissen jedes einzelnen, die Gemeinde oder Genossenschaft bildenden Mitgliedes zusammenhängt, gültigen Beschluss zu fassen, kann aber offenbar die Willensäusserung eines blossen Verwaltungsorganes dieser Gemeinde oder Genossenschaft nicht genügen und es muss, wenn irgendwo, in einer solchen Angelegenheit die Stellvertretung ausgeschlossen sein. Vielmehr hängt es mit den Grundbestimmungen der gleichen Verfassung auf's intimste zusammen, dass der Gemeinde oder Genossenschaft in ihrer Urversammlung das gültige Wort vorbehalten bleibe. Der Beschluss der Sekundarschulpflege Oerlikon muss also von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, als ausser ihrer Kompetenz liegend und daher unstatthaft bezeichnet werden.

5. Zur Zeit kann der Entscheid auch nicht vor die Sekundarschul-Kreisversammlung gebracht werden, da diese mit Ausnahme der Wahlfunktionen noch nicht gesetzlich organisirt ist.

6. Das Rekurs- resp. Beschwerderecht in Fragen der Glaubens- und Gewissensfreiheit steht nicht nur jedem in Sachen beteiligten Privaten, sondern auch Behörden und Genossenschaften zu.

Demgemäss hat der Erziehungsrath beschlossen:

1. Der Religionsunterricht an der Sekundarschule Oerlikon ist, bis die Kreisgenossenschaft die gesetzliche Befugnis zur Beschlussfassung erhält, im Status quo zu belassen, immerhin in der Meinung, dass derselbe fakultativ ist.

2. Mittheilung an die Sekundarschulpflege Oerlikon, an die Kirchenpflege Schwamendingen und an die Bezirksschulpflege Zürich mit der Einladung, in vorkommenden Fällen nach den vorstehend entwickelten Grundsätzen zu verfahren.“

Diess die Ansicht des Erziehungsrathes. Auf Grund des letztern Passus im Entscheid hat sich denn auch die Kirchenpflege Neumünster beiligt, die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes an der Sekundarschule Neumünster und der Ergänzungsschule Riesbach von der Bezirksschulpflege zu verlangen.

Wir unserteils halten die vorstehende Motivirung für nicht stichhaltig und daher auch den Beschluss des h. Erziehungsrathes für unrichtig, und rathen den betreffenden Pflegen, sich für Interpretation der einschlagenden §§ der Kantonal- und der Bundesverfassung an den Regierungsrath und nöthigenfalls an die Bundesbehörden zu wenden. — Wir werden in nächster Nummer den Beschluss einer Beleuchtung unterziehen.

Die Konkursprüfungen im Seminar Küsnacht haben ein gutes Resultat ergeben. Von den Küsnachter Zöglingen der 4. Klasse (2 blieben krankheitshalber weg) erreichten 4 die (höchste) Note 5; die Note 4 erhielten 21; die Note 3 erhielten 2 und unter derselben blieb 1.

Von den 5 Zöglingen des Seminars in Unterstrass erhielten 2 die Note 4; die übrigen 3 die Note 3; ausserdem haben letztere in etlichen Fächern eine Nachprüfung zu bestehen.